

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt
Wirtz, Stefan**

17-05201
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Dringlichkeitsantrag: Schutz der Fußgängerzone in Braunschweig vor islamischen Terror

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.08.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

22.08.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Angeichts der zivilgesellschaftlichen Katastrophe durch den islamischen Terroranschlag in Barcelona mit 15 Toten und bis zu 100 Verletzten, viele davon schwer, stellt die AfD den Dringlichkeitsantrag, dass die Verwaltung den Schutz der Fußgängerzone, also beispielsweise die Einfahrtmöglichkeiten:

- von der Münzstraße in Richtung Damm (beide Richtungen)
- vom Waisenhausdamm in Richtung Katreppeln
- von der Brabandtstraße in Richtung Poststraße
- von der Münzstraße in Richtung Fritz-Bauer-Platz
- von der Straße Schild in Richtung Sack etc.

wirksam mit hydraulisch versenkbaren Pollern oder anderen Blockaden erhöht und entsprechende Planungen umgehend anstellt und realisiert, um Braunschweigs Bürger bestmöglich zu schützen.

Die ungehinderte Zufahrt von Pkw, Lieferwagen oder gar LKW muss - zum Schutz der Bürger - verhindert werden.

Im Rahmen der Digitalisierung gibt es viele Möglichkeiten, die Zufahrtmöglichkeiten für Zufahrtberechtigte unproblematisch zu ermöglichen.

Sachverhalt:

Islamischer Terroranschlag auf die Zivilgesellschaft fordert am 17.08.2017 in Barcelona 15 Menschenleben.

Städte wie München, Stuttgart, Dresden oder Frankfurt am Main haben ihre Sicherheitsmaßnahmen bereits erhöht.

Städte wie Bremen und Hamburg - sehen offenbar aus ideologischen Gründen - keine Notwendigkeit für Planungen oder gar Schutzmaßnahmen durch Poller oder andere Blockaden.

In Berlin denken die Geschäftsleute am Kudamm über mehr Sicherheit nach - aber offenbar nicht die zuständige Politik und Verwaltung.

Anlagen: keine